

Weinheim, 25. Februar 2026

Haushaltsrede 2026

Gehalten von Jonathan Langenbach

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

In Ihrer Rede zur Einbringung des Haushalts, Herr Oberbürgermeister, machten Sie eine Rückschau in Ihr erstes Jahr in Weinheim und sagten im Hinblick auf das negative ordentliche Ergebnis von 7,1 Millionen Euro: "Damals hatte ich mir für die Vorlage meines ersten Haushaltes kein schlechteres Ergebnis vorstellen können".

Über die Jahre muss Ihre Vorstellungskraft in Haushaltsfragen dann sehr strapaziert worden sein, denn ein Fehlbetrag von 7,1 Millionen muss uns heute wie die gute alte Zeit vorkommen. Angesichts des ordentlichen Ergebnisses von minus 17 Millionen, die bei der Einbringung des Haushaltsplans für dieses Jahr im Raum standen, haben Sie mit großer Dringlichkeit die Befürchtung geäußert, dass dieser Haushalt vielleicht nicht genehmigt werden würde. Eine Befürchtung, die Sie auch 2020 hatten.

Aufgrund der höheren Summe und der Tatsache, dass Weinheim zum dritten Mal in Folge im Plan mit rund minus 17 Millionen abschließt, hat die Verwaltung in den vergangenen Monaten Anstrengungen unternommen, das Defizit zu reduzieren. Man hat mir berichtet, Herr Oberbürgermeister, dass in Ihrem Wahlkampf bereits die Haushaltskonsolidierung eine wichtige Rolle gespielt hat.

Jedoch ist Ihr letztes Amtsjahr das erste, in dem der Gemeinderat eine konkrete Liste mit Vorschlägen für Sparmaßnahmen vorgelegt bekommen hat, während wir gleichermaßen den Eindruck haben, dass die Bemühungen zu Einsparungen innerhalb der Verwaltung eine größere Vehemenz erhalten hatten. Das Vorschlagen von konkreten Maßnahmen findet dabei unsere ungeteilte Unterstützung. Während der Entscheidungsfindung haben nicht alle Vorschläge eine Mehrheit gefunden und werden es auch in Zukunft wohl nie tun, aber allein die Tatsache, dass es sie gibt, ist sehr wertvoll. Doch auch wenn das Ziel der Haushaltskonsolidierung gut und notwendig ist, müssen die Wege zu internen Einsparungen stets auch hinterfragt werden. Um zu einem guten Ergebnis zu kommen, wird sich dieser Prozess wohl mehrfach noch ändern und angepasst werden müssen.

Auch an anderer Stelle sind bereits Weichen von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, gestellt worden, die Weinheim für viele Jahre prägen werden. So haben sie ihren Anspruch der besseren Bürgerbeteiligung an der Entwicklung der Stadt dahingehend erfüllt, dass nach einem langen und partizipativen Prozess ein Rahmenplan zur Stadtentwicklung entstanden

ist und nun auch ein Mobilitätskonzept entsteht. Wir wären den Weg, Projekte aus beiden dieser Pläne umzusetzen, auch gerne mit Ihnen gegangen, aber nun wird es eine andere Person sein, von der diese Konzepte in Weinheim durch Maßnahmen greifbar gemacht werden. Im Allgemeinen jedoch sehen wir bereits, wie richtungsweisend diese Beteiligungskonzepte und ihre Ergebnisse sind. Mindestens das Stadtplanungsamt ist nach unserer Einschätzung - im Positiven! - sehr davon geprägt worden. Hingegen ist der Prozess ihres Wahlversprechens Jugendhaus noch im Gange und aus Haus wird auch eher eine Räumlichkeit werden. Hier wurden bislang Hoffnungen geweckt, die sich noch nicht erfüllt haben.

Man erkennt auch daran das große Motto der Sparmaßnahmen in Weinheim, nämlich den "Bremsvorgang". Dieser Bremsvorgang muss drei manchmal gegensätzliche Aspekte jonglieren. Er muss die Haushaltskonsolidierung bewirken. Er darf dabei jedoch keine gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Strukturen zerstören, die Weinheim so attraktiv machen. Und, vermutlich am wichtigsten, es muss dennoch die Leistungsfähigkeit der Verwaltung erhalten bleiben. Dieser Balanceakt wird vermutlich zu der größten Herausforderung für die nächste Oberbürgermeisterin oder den nächsten Oberbürgermeister. Oft wird das Kernproblem für kommunale Haushaltskonsolidierungen als Ausgabenproblem beschrieben. Aus unserer Sicht ist dies falsch. Das Problem für den Haushalt, wenn ich es einmal ganz trocken formulieren darf, ist eine für die Stadt nachteilige Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben. Dies bedeutet, dass wir an zwei Hebeln spielen können und müssen. Und es wäre naiv zu glauben, allein mit der Reduktion der Ausgaben oder Erhöhung der Einnahmen kämen wir zum Ziel. Die bisherigen Vorschläge der Verwaltung gingen auch in beide Richtungen. Bei den Sparmaßnahmen ist jedoch deutlich ein Ungleichgewicht festzustellen. Gespart wurde weitestgehend durch Verschiebungen von Straßen-Sanierungsmaßnahmen und der Reduktion des Gebäudeunterhalts. Was das in der Praxis bedeutet, möchte ich erst einmal hintenanstellen. Hingegen beliefen sich die Sparposten für regelmäßige Aufwendungen auf etwa 200.000 Euro. Eine Menge Geld, aber wahrlich gegenüber dem negativen Planergebnis ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Ansichts der Rede über das Ausgabenproblem in Weinheim fühlt man sich dabei unweigerlich an Aussagen unseres Kanzlers zum Bürgergeld erinnert. Während im Wahlkampf noch von zweistelligen Milliarden-Beträgen getönt wurde, die sich einsparen ließen, wurde in dem, was schlussendlich als Reform vorgelegt wurde, schlicht festgehalten, dass nicht von Veränderung der Kosten für die Grundsicherung ausgegangen wird. Hier hat das Spar-Vorhaben den Realitätscheck nicht überlebt. Auch die Weinheimer CDU versuchte sich an diesem Irrweg und schlug Einsparungen vor bei den Schwächsten und denen, die sich politisch mangels Wahlrechts nicht wehren können. Gelungen ist ihr das bei einer Kürzung der Gelder für die Jugend, Misslungen bei den Geldern für die Integration für Geflüchtete, bei denen, wie bei der Grundsicherung, schlicht keine Einsparungen möglich waren und das Land auch noch für 90% der Kosten aufkommt.

Manch einer wird nun auf die beschriebenen Ausgaben für die Gebäudeinstandhaltung und die Straßensanierungen zeigen und hier die Quelle des Ausgabenproblems verorten. Insbesondere, da in der Vergangenheit diese Mittel nie vollständig ausgegeben wurden. Hier möchte ich kurz bitten, darüber nachzudenken, was dies eigentlich bedeutet. Der Bedarf an Maßnahmen zum Gebäudeerhalt und der Bedarf der Straßensanierungen ist ermittelt und in Geld ausgedrückt worden. Und regelmäßig verhinderten die knappen personellen Kapazitäten deren Umsetzungen. Dies bedeutet, dass ein Sanierungsstau entstanden ist. Insbesondere für unsere Straßen ist das augenfällig wie nie. Hier haben wir in der Tat ein Ausgabenproblem:

Uns fehlen die Kapazitäten, das Geld tatsächlich auszugeben. In den nächsten Jahren werden wir eine neue und bessere Balance zwischen geplanten Haushaltsmitteln, notwendigen Maßnahmen und personellen Kapazitäten finden müssen.

Zum Glück wurde uns etwas Zeit erkaufte, diesen nun angestoßenen Prozess durchlaufen zu können, bevor Weinheim erneut einen übergroßen Schuldenberg anhäuft. Glücklicherweise hat das Land Baden-Württemberg beschlossen, einen großen Teil der Länder-Mittel aus dem Sondervermögen an Kreise und Kommunen durchzureichen. Das soll uns aber nicht die Tatsache vergessen lassen, dass auch diese Mittel öffentliche Schulden sind. Wir sind gut beraten, nicht nur diese Gelder, sondern insbesondere diese Zeit gut zu nutzen.

Ich möchte an dieser Stelle grundsätzlich werden. Für uns Grüne gibt es drei Arten von Kapital. Es gibt die Attraktivität unserer Stadt, denn sie drückt aus, wie gerne Menschen hier wohnen und arbeiten und wo die Möglichkeit für Unternehmen existiert, diese Arbeit auch zu bieten. Wir unterstützen dies durch unsere gute Infrastruktur und Bildungseinrichtungen. Die dafür eingesetzten Steuermittel sind als unsere Liquidität die zweite Art von Kapital, sie sind weitestgehend die Mittel, um die Attraktivität Weinheims zu steigern. Die dritte Art von Kapital ist politisches Kapital, welches die Parteien und Wählervereinigungen des Gemeinderats halten. Dies muss eingesetzt werden, um - insbesondere unliebsame - Entscheidungen zum Wohle der Attraktivität und auch der Liquidität zu treffen. Weinheim ist reich an Attraktivität. In diesem Jahr stehen auch noch ausreichend liquide Geldmittel zur Verfügung. Es ist das politische Kapital, das ich bisweilen als zu gering einschätze. Es hat nicht gereicht, um auch nur eine maßvolle Erhöhung der Grundsteuer B zu beschließen. Wie bereits dargelegt, wäre es naiv zu glauben, mit Sparmaßnahmen allein ließe sich das Haushaltsloch schließen, ohne der Attraktivität Weinheims irreparabel zu schaden. Diese Furcht, die Bürgerinnen und Bürger zu belasten oder Privilegien zurückzunehmen, ist Ausdruck dieses fehlenden politischen Kapitals.

Weitere Einnahmequellen sind in Weinheim rar gesät, auch und insbesondere im Hinblick auf die Gewerbesteuer. Hier möchte ich ehrlich mit Ihnen sein, hier war das politische Kapital der Grünen erschöpft in dem Vorschlag, in der Hinteren Mülde per Bebauungsplan eine gewerbliche Erweiterung, speziell für die vorhandenen Interessenten und Bedarfe, zu ermöglichen. Mit anderen Worten: eine Nachfrage-Geleitete und nicht Angebots-Geleitete Gewerbepolitik. Angesichts des aktuellen Investitionswillens der freien Wirtschaft ein realitätsnaher Ansatz. Ebenso darf man nicht vergessen, dass es nach den Verkaufserlösen ein Gewerbegebiet einige Zeit braucht, um Gewerbesteuer abzuwerfen, da erst einmal die Investitionen abgesetzt werden und Neugründungen zusätzlich gegebenenfalls einige Zeit brauchen, um Gewinn zu erwirtschaften.

Allerdings verbleibt ein wichtiger Aspekt der Haushaltskonsolidierung, oder Haushaltslage allgemein, die der Herr Kämmerer in seiner Rede angesprochen hat: der kommunale Immobilienbestand. Tatsächlich halte ich den Beschluss zur Gebäudezustandsbewertung für den wichtigsten Beschluss des letzten Jahres. Inwieweit die Ergebnisse dieser Bewertung zur Belastung oder mittelfristigen Entlastung des Haushaltes führen werden, ist für uns nicht absehbar. Unser Ziel ist jedoch, die von der Kämmerei genannte Anpassung des Immobilienbestandes an unsere Finanzkraft. Ich sage allerdings voraus, dass dafür der Einsatz von weit mehr politischem Kapital vonnöten sein wird, als es die Grundsteuer B je gebraucht hätte. Oder, um es mit anderen Worten zu sagen: Dem Gemeinderat stehen interessante Zeiten bevor.

Allerdings hegen wir weit weniger Pessimismus ob des Defizits im Haushaltsplan als manch andere und für die Erklärung möchte ich noch einmal einen Rückgriff auf den Anfang meiner

Rede machen. Sie, Herr Oberbürgermeister, haben das negative Ergebnis von 2020 als eines beschrieben, dass sie sich schlechter nicht vorstellen könnten. Der Haushaltsplan sah ein Minus von 7,1 Millionen vor. Das vorläufige Ergebnis für 2020 verzeichnet allerdings ein Plus von 7 Millionen. Bis und einschließlich 2024 ist es dann immer dasselbe Spiel. Ich hege nun nicht die Erwartung, dass sich auch das diesjährige Haushalts-Minus in Wohlgefallen auflöst, schon der Ausblick auf das Ergebnis 2025 legt nahe, dass zumindest das negative Vorzeichen stimmen wird. Auch wäre es in gewisser Weise ein Kleinreden der Bemühungen der Verwaltungen zu den Einsparungen, wenn weiterhin mit einem derartigen Umschwung gerechnet wird. Auch vergessen wir nicht die erheblichen Investitionen, die zusätzlich im Finanzhaushalt dargestellt werden und die den Gesamthaushalt dann mehrfach wieder ins Negative getrieben haben.

Aber wir bleiben dabei, die Lage ist ernst, es muss gegengesteuert werden, oder gebremst werden, wenn sie so wollen. Aber katastrophal, davon sind wir noch entfernt. Und so blicken wir erwartungsvoll auf die Herausforderungen des kommenden Jahres, denn wenn wir alle nur wollen, dann werden wir auch diese meistern.

Abschließend möchte ich mich bei all den Weinheimerinnen und Weinheimern bedanken, die sich in so vielfältiger Form für die Stadtgesellschaft einsetzen. Ebenso bei meinen Mit-Stadträtinnen und -Räten für die weit überwiegend konstruktiven Entscheidungsfindungen. Und last but not least, bei der Stadtverwaltung für ihre unermüdliche Arbeit zum Wohle Weinheims.

Die Grüne Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.